



Gneisenastr. 2a
1000 Berlin 61

AN ALLE ANTIFASCHISTISCHE MENSCHEN UND GRUPPEN

Mit diesem Brief wollen wir auf eine Aktion aufmerksam machen, die am Sonnabend, den Mai stattfindet:

An diesem Tag wollen verschiedene unabhängige Antifa-Gruppen aus Polen und der Bundesrepublik einen Aktionstag an der deutsch-polnischen Grenze durchführen. Der Ort ist die Doppelstadt Zgorzelec bzw. Görlitz in Sachsen.

Wir planen, daß es auf beiden Seiten Demonstrationen, verschiedene Aktivitäten wie Ausstellung, Theater, Diskussionen, Filme und abends dann ein großes Konzert geben soll. Der ganze Aktionstag wird unter dem Motto "Gegen den nationalistischen Haß" laufen und wird als bundesweite Aktion organisiert. Wir wollen zusammen mit den polnischen Antifas zeigen, daß hier kein Platz ist für nationalistischen Haß und für eine revanchistische Politik, mit der die deutschen Rechtsradikalen von "Vertriebenen-Verbänden" bis zu den Nazi-Parteien die alten Ostgebiete zurückfordern. Aber auch der aktive Widerstand gegen den faschistischen Straßenterror wird Thema des Aktionstages sein.

Die Vorbereitung wird getragen von der ANF (in Polen) und den EDELWEISS-PIRATEN (in der BRD). Wir sind eine bundesweite, unabhängige Antifa-Bewegung, die hauptsächlich aus SchülerInnen und Lehrlingen besteht.

Wir schreiben Euch nun an, um diesen Aktionstag bekanntzumachen, aber auch, um für eine Unterstützung zu bitten: Das Gelingen des Projektes ist von vielerlei Punkten abhängig, die drei größten Probleme dabei sind: 1. die Finanzierung, 2. die Mobilisierung und 3. die Organisation eines hinreichenden Schutzes der Veranstaltungen. Außerdem brauchen wir noch dringend gute Bands (Rock/Punk/HC), die gegen Unkostenerstattung spielen. Wir bitten Euch deshalb, uns mitzuteilen, ob Ihr eine Unterstützung in einer der genannten Punkte zusagen könnt.

Als erstes steht das Problem der Finanzierung an: Wir selber können nicht genügend Geld aufbringen, deshalb bitten wir Euch, mal bei Euch in der Gegend rumzufragen, welche Gruppen uns dazu was spenden würden. Also z.B. linke/fortschrittliche Parteien, Gewerkschaftsgruppen, multikulturelle Gruppen, diverse sportliche oder kulturelle Vereine, Leute mit höherem Einkommen, Kneipen, Kollektive, Stiftungen und andere. Wir haben bisher eine Kostenplanung von ca. 20.000 DM, alles zusammen. Darin sind z.B. enthalten: Druckkosten, Miete der Veranstaltungsräume und des Konzertsaaes, Unkosten für die Bands, Verwaltungs- und Gerichtskosten für die Demo-Anmeldung. Bitte überlegt, ob Ihr uns irgendwie Kohle auftreiben könnt, denn das ist zur Zeit das größte Problem! Alle SpenderInnen werden dann in einem kurzen Rundbrief regelmäßig über den Stand der Vorbereitungen informiert und - wenn sie es wollen - auch als SpenderInnen veröffentlicht.

Antifagruppen rufen wir außerdem dazu auf, sich zu überlegen, ob sie in ihrer Stadt oder Region Plakate kleben könnten und/oder bei dem Aktionstag einen Teil des Schutzes übernehmen könnten. Bitte teilt uns mit, ob Ihr Interesse habt und was Ihr machen könntet!

Tschüß

VORLÄUFIGE PLANUNG FÜR DEN "AKTIONSTAG GÖRLITZ/ZGORZELEC"

Es ist ein gemeinsamer polnisch-deutscher, antifaschistischer Aktionstag am 22. Mai '93 geplant. Er findet statt auf beiden Seiten der Neiße in der Doppelstadt Görlitz und Zgorzelec.

Vorbereitet wird dieser Aktionstag in Polen von der "Anty Nazi Front" (ANF) und in der BRD von den "Edelweiß-Piraten". Beides sind antifaschistische Bewegungen, die in allen wichtigen Städten und Regionen ihres Landes vertreten sind. Auch wenn der Tag auf deutscher Seite nur in einer Stadt stattfindet, so ist er doch als bundesweite Aktion gedacht.

Das Motto den Aktionstages wird "Gegen den nationalistischen Haß" lauten.

Die politische Ausrichtung des Aktionstages geht gegen Nationalismus, Rassismus und Nazi-Terror. Wir wollen vor allem (aber nicht ausschließlich) linke und fortschrittliche Menschen ansprechen, ein Teil des Programms auf deutscher Seite wird sich dabei speziell an Jugendliche richten.

Auch wenn der Aktionstag zum Großteil von der ANF und den EPIs vorbereitet wird, soll er auch anderen Gruppen die Möglichkeit zu Aktionen und zur Selbstdarstellung bieten.

Es wird ein Programm geben, das auf beiden Seiten abläuft. Dies ist die bisherige Zeitplanung:

- 12 Uhr: "Offizielle" Eröffnung in Zgorzelec
Kulturprogramm in beiden Städten
16 Uhr: Demo in Görlitz
Demo in Zgorzelec
17-20 Uhr: In beiden Städten Kulturprogramm
20 Uhr: Konzert mit polnischen und deutschen Rockbands
Ca. 2 Uhr: Ende des Aktionstages, Rückfahrt oder Schlafen

Im Einzelnen:

DEMO: Ursprünglich war geplant, eine gemeinsame Demonstration zu machen, die über die Grenze geht. Da aber eine solche Aktion von den Grenzbehörden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht toleriert werden würde, haben wir uns für zwei verschiedene Demos entschieden. Die Alternative hieße, eine Demo zu machen, bei der an der Grenze alle Leute durch die Personenkontrolle müßten, was auch eine polizeiliche Erfassung sämtlicher Demo-TeilnehmerInnen bedeuten würde. Klar, daß wir das nicht wollen. Die Demos werden jeweils etwa eine Stunde dauern.

Auf der deutschen Seite beginnt und endet die Demonstration am Bahnhof. Im Anschluß daran bleibt den DemonstrantInnen mehrere Stunden Zeit, die Grenze auch "anonym" zu überqueren.

KULTURPROGRAMM: Im Laufe der folgenden Stunden soll auf beiden Seiten der Neiße ein Kulturprogramm stattfinden, das verschiedene Bereiche umfaßt: Auf jeden Fall (jeweils) eine Ausstellung zum Thema Neonazis und Gegenwehr, Filme/Videos, Theater, Diskussions-Veranstaltungen. Da ist noch vieles offen.

Im Zgorzelec wird dieses Programm im "Dom Kultury" stattfinden, ein Veranstaltungsort in Görlitz ist bisher noch nicht gefunden. Wahrscheinlich aber in der Mensa, nahe dem Grenzübergang.

KONZERT: Am Abend beginnt dann ein Konzertprogramm verschiedener Rock-, HC- und Punkbands aus Polen und der Bundesrepublik. Mehrere Bands haben bereits fest zugesagt. Bei anderen muß noch nachgefragt werden. Dieses Konzert wird in der Sporthalle nahe dem "Dom Kultury" stattfinden. Die Halle faßt 2.500-3.000 Leute. Da die Menschen in Polen nicht viel Geld haben, wurde beschlossen, einen Eintrittspreis von 40.000 Zloty (4,- DM) zu nehmen, der aber im Vorverkauf in Deutschland höher liegt.

ÜBERNACHTUNG: Da Görlitz/Zgorzelec nicht sehr zentral liegt, gehen wir davon aus, daß die Leute nicht noch in derselben Nacht zurückfahren wollen. Deshalb wird es kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten geben. Dazu sind mehrere Möglichkeiten in der Diskussion, die später entschieden werden.

BISHERIGER STAND

Im Laufe der ersten Vorbereitungstreffen am 9. und 20. Februar in Wroclaw (ehem. Breslau) sind eine Reihe von Problemen aufgetaucht, die noch gelöst werden müssen. Folgende Punkte sind dabei

wichtig:

MOBILISIERUNG: In beiden Staaten wird zu dem Aktionstag im ganzen Land mobilisiert. Es wird ein gemeinsames Plakat in der jeweiligen Landessprache geben, das in der Bundesrepublik etwa 6.000 mal geklebt werden soll. Das muß von EPIs, aber auch anderen Gruppen übernommen werden. Nach Möglichkeit sollte in allen Städten und Regionen geklebt werden!

SCHUTZ: Auf beiden Seiten der Grenze gibt es organisierte, militante Faschisten-Organisationen, was für uns einen gut vorbereiteten Schutz notwendig macht. Dieser wird in fünf (evtl. sechs) Blöcken zu organisieren sein:

- 1+2) Demo-Schutz in Zgorzelec und Görlitz
3+4) Veranstaltungsschutz in Zgorzelec und Görlitz
5) Konzert-Schutz
evtl. 6) Schutz des Nachtlagers (je nach Örtlichkeit)

Alle teilnehmenden Antifas rufen wir dazu auf, sich zu überlegen, ob sie einen Teil dieses Schutzes übernehmen würden und uns das rechtzeitig mitzuteilen. Der Schutz für die Demo und das Kulturprogramm in Zgorzelec wird bereits von den polnischen AntifaschistInnen organisiert, teilweise auch der des Konzertes.

FINANZEN: Es ist klar, daß wir nicht die "große Kohle" haben. Alles, was wir an Ausgaben haben, werden wir selber ausbringen müssen. Während des Aktionstages gibt es kaum Möglichkeiten, an Einnahmen ranzukommen, mit Ausnahme des Konzerts am Abend. Die polnischen Antifas meinten, daß der Eintritt möglichst billig sein sollte, da die Jugendlichen dort kaum Geld haben, deshalb wird über das Konzert auch nicht viel reinkommen.

Wir haben uns deshalb entschlossen, überall in der Bundesrepublik verschiedene Organisationen, Vereine, Parteien und Einzelpersonen anzusprechen und sie um eine Spende für diesen Aktionstag zu bitten. Wir sind auf diesen Weg angewiesen, da wir kaum in der Lage sind, die notwendigen Finanzen allein aufzutreiben.

Die SpenderInnen werden dann auch ständig über den Stand der Vorbereitung und der Verwendung ihres Geldes informiert, es wird eine korrekte Abrechnung geben.

Die Hauptausgaben werden voraussichtlich sein:

- 1) Mobilisierung: Briefe im Vorfeld; Druck und Versand der Plakate
2) Konzert: Anlage; Anreise, Unterbringung und Bezahlung der Bands
3) Verwaltungskosten: Mieten der Räume; Gerichtskosten bei Verbot

Eine genaue Aufstellung haben wir noch nicht, wir gehen aber nach vorsichtiger Schätzung von ca. 20.000 DM aus, die von unserer Seite aufgetrieben werden müssen.

LEGALITÄT: Wir wollen versuchen, den gesamten Aktionstag auf beiden Seiten der Neiße legal durchzuführen. Das heißt vor allem, daß die Demonstration angemeldet wird und daß wir Veranstaltungsräume legal anmieten werden. Falls die Stadtverwaltung sich quer stellt, werden wir mit juristischen Mitteln dagegen vorgehen. Wie auch immer, wir werden den geplanten Ablauf auf jeden Fall durchziehen, selbst wenn die Stadt das vielleicht verhindern will.

Zum Schluß noch kurz: Es ist der erste Versuch, eine größere grenzübergreifende, antifaschistische Aktion an der deutsch-polnischen Grenze zu machen. Deshalb sind wir darin auch nicht besonders erfahren. Wir freuen uns über jede Hilfe, die uns von anderen Menschen und Gruppen angeboten wird.

Es darf nicht passieren, daß die Nazis diesen Tag für Aktionen gegen uns oder unseren Ideen benutzen. Faschistische Aktivitäten und Provokationen müssen auf jeden Fall verhindert werden. Wenn alles läuft, wie wir uns das vorstellen, wird der 22. Mai ein erfolgreicher antifaschistischer Aktionstag, was nicht zuletzt den aktiven Antifas in Polen und im Bundesland Sachsen politisch sehr nützen kann.

Für die Mobilisierung auf der deutschen Seite gibt es folgende Kontakt-Möglichkeiten:

- 1) "Aktionstag Görlitz/Zgorzelec" c/o Cafe, Waldemarstr. 13, W-4800 Bielefeld 1
2) Telefon und Fax: 030 / 694 67 95

Für polnische und andere Kontakte: Edelweiß-Piraten, Gneisenastr. 2a, 1000 Berlin 61



Gneisenastr. 2a
1000 Berlin 61

Spendenauf für den antifaschistischen AKTIONSTAG in GÖRLITZ und ZGORZELEC

Am 22. Mai wird es an der deutsch-polnischen Grenze in Görlitz/Zgorzelec einen Aktionstag unter dem Motto "Gegen den nationalistischen Haß" geben. Damit soll zum einen gegen den steigenden Nationalismus und Rassismus in der Bevölkerung protestiert werden. Gleichzeitig soll auch ein Zeichen gesetzt werden gegen die Revanchisten von CDU, über Vertriebenen-Verbände bis hin zu den Nazi-Parteien, daß die Oder-Neiße-Linie endgültig als deutsch-polnische Grenze bestehen bleibt. Das Existenzrecht der Polen und Polinnen muß heute leider (wieder) verteidigt werden, weil nach den "Ausländer Raus"-Rufen nun auch die Parolen wie "Schlesien (und anderes) bleibt unser!" laut werden. Und dies leider nicht nur von einigen politischen Dummköpfen.

Der Aktionstag wird sich in erster Linie an die Bevölkerung richten, vor allem das Kulturprogramm, Ausstellung und Veranstaltungen sollen über jeweils andere Seite informieren und zeigen, daß Rassismus und Nationalismus keine Lösung für wirtschaftliche und soziale Probleme sind.

Der Aktionstag im Juni wird in Polen organisiert von der ANF (Zusammenschluß unabhängiger antifaschistischer Gruppen) und in der Bundesrepublik von den EDELWEISS-PIRATEN (bundesweite antifaschistische Jugendbewegung).

Bereits am Mittag geht's in Görlitz und Zgorzelec los mit Ausstellungen und Videos. Nachmittags wird es auf jeder Seite eine Demonstration geben, anschließend noch drei Stunden Kulturprogramm. Das Programm wird in beiden Städten in der jeweiligen Sprache sein, so daß sich JedeR entscheiden kann, wo er/sie hingehen möchte.

Am Abend gibt es in Zgorzelec ein Rock-Festival, das sich bis in den Morgen reinziehen wird.

Der ganze Aktionstag wird viel Geld kosten: Die landes- bzw. in Deutschland bundesweite Mobilisierung, Miete der Veranstaltungsräume, Freiluftbühne und Musikanlage, Unkosten der anreisenden Bands, Verwaltungskosten - wir haben das mal überschlagen und kommen auf ungefähr 20.000,- DM. Und das ist für uns eindeutig zu viel.

Deshalb bitten wir Euch nun mit diesem Aufruf: Beteiligt Euch mit einer Spende am Gelingen dieses Aktionstages. Wir haben nicht die Möglichkeit, ihn von uns aus zu finanzieren.

Der Aktionstag kann nur gelingen, wenn wir das Geld über Spenden zusammenkriegen!

Bitte überlegt, ob und wieviel Ihr uns dazugeben könnt. Alle, die uns Geld spenden, bekommen von uns eine Bestätigung und eine regelmäßige Mitteilung über den Stand der Vorbereitungen. Außerdem werden sie - wenn sie's wollen - beim Aktionstag veröffentlicht.

Wenn Ihr Interesse habt, dann meldet Euch. Wir schicken Euch auch gerne noch ein genaueres Konzept des Aktionstags zu.

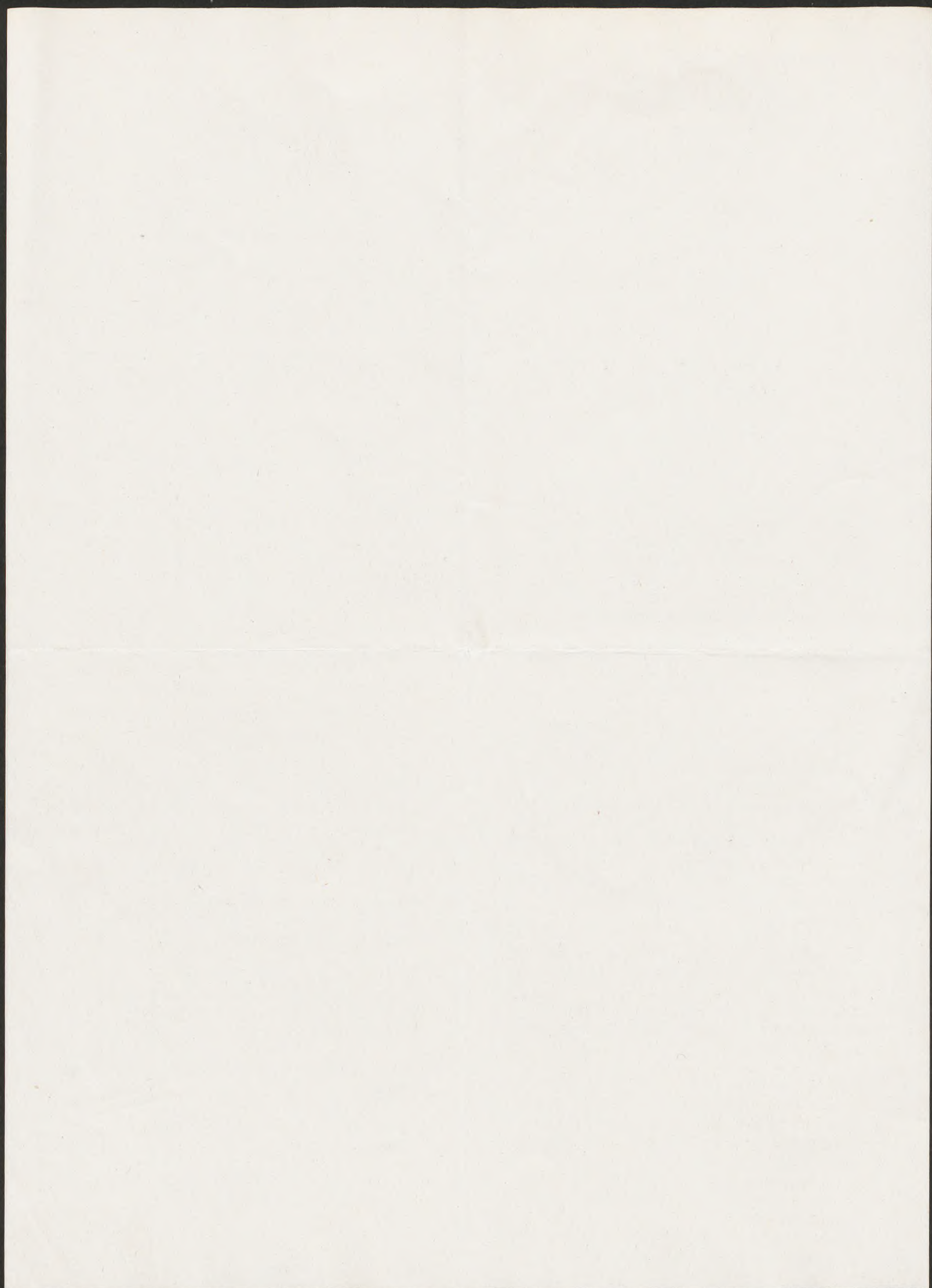
Ihr erreicht uns schriftlich über:
"Aktionstag Görlitz/Zgorzelec", c/o Cafe,
Waldemarstr. 13, W-4800 Bielefeld 1
und per Telefon oder Fax: 030 / 694 67 95

Für Spenden haben wir folgende Kontonummer eingerichtet:
"Sonderkonto", Nr. 992 11-101, Postgiro
Berlin, BLZ 100 100 10
Stichwort "Spende".

Es wäre toll, wenn Ihr Euch entschließen könntet, uns zu unterstützen!

Tschüß

P.S. Grüße vom BUKKO (bestes Haus in Bielefeld) an alle.



EDELWEISS

Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61



DIESES PLAKAT...

enthält die Namen aller Menschen, die seit der "Wiedervereinigung" bis Ende 1992 von Faschisten ermordet wurden – zumindest die, deren Tod in diesem Zusammenhang bekanntgeworden ist.

Wir wollen damit zum Widerstand gegen die Faschisten und gegen die Ignoranz der politisch Verantwortlichen aufrufen. Gleichzeitig wird damit die Möglichkeit geboten, weitere Informationen zu bekommen.

Allein auf diesem Plakat haben wir bereits 43 Menschen dokumentiert, die in den 27 Monaten ermordet wurden, weil sie (vermeintlich) "Ausländer", Punx, Linke, Obdachlose oder Juden waren. Es muß endlich klar werden, daß es nicht mehr beim Schulterzucken, aber auch nicht allein bei Lichterketten und anderen symbolischen Aktionen bleiben darf! JedeR muß merken, daß auch er oder sie mit verantwortlich ist, was in diesem Land geschieht! Denn auch Ignoranz und Nichtstun gehören dazu, wenn die Faschisten immer stärker werden.

Wir bitten Dich/Euch, dieses Plakat zu bestellen (am besten gleich mehrere) und es zu verbreiten. Es ist ziemlich groß (Din A1) und zweifarbig.

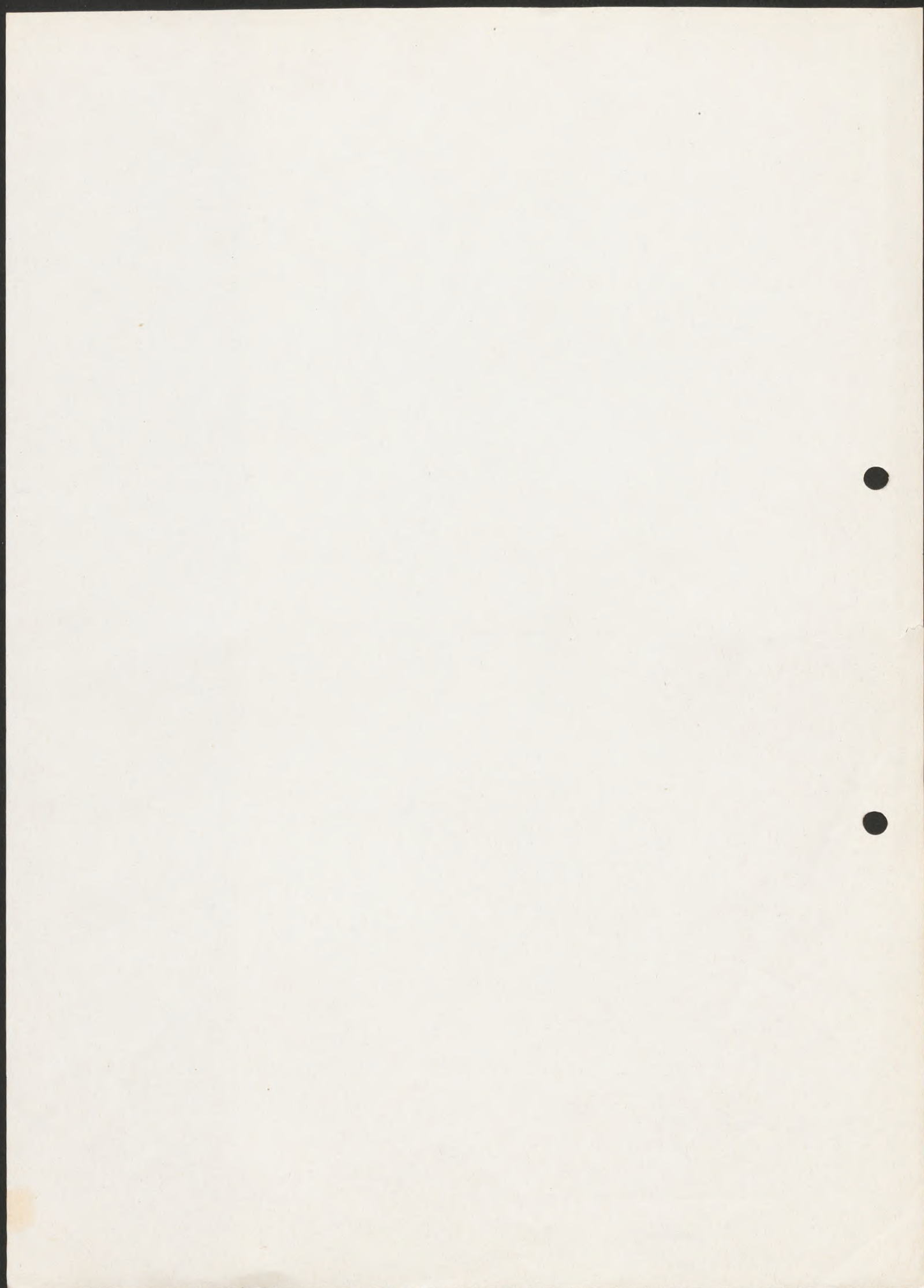
Wir schicken es innerhalb einer Woche, allerdings ausschließlich gegen Vorkasse (bar, per Scheck oder bis 20,- DM in Briefmarken). Alle Preise sind inklusive Versandkosten.	1-3 Plakate kosten pro Stück	5,00 DM
	4-10 Plakate kosten pro Stück	4,00 DM
	ab 11 Plakate kosten pro Stück	2,50 DM

Ausschneiden. Ankreuzen. Geld reinstecken. In Umschlag. Zukleben. Abschieken.

Bitte schickt mir:

_____ Plakat(e) "Rassismus tötet", _____ DM liegen bei.

Name und Adresse:



DEN ANTIFA- WIDERSTAND ORGANISIEREN!

GEGEN



NAZIS

In den östlichen Außenbezirken von Berlin und den umliegenden Ortschaften wird es immer schlimmer: Rechtsradikale Jugendliche und solche, die sich für welche halten, terrorisieren ausländische und antifaschistische Menschen. Es gibt immer wieder Überfälle auf vietnamesische Zigaretten-VerkäuferInnen, als schwarze Flücht-

linge, Jugendclubs werden überfallen, Punks auf der Straße verprügelt. Es reicht schon aus einem anderen Land zu stammen oder sich einfach äußerlich nicht den Normen anzupassen – und schon ist man Freiwild.

Dabei sind viele dieser Typen (und wenigen Mädchen) sicher keine überzeugten Nazis, dafür sind sie nämlich oft viel zu blöd, um wirklich eine politische Überzeugung zu haben. Doch das macht sie nicht weniger gefährlich, wenn bei Schlägereien gegen Schwächere sind sie trotzdem mit dabei.

Wir haben keinen Bock mehr, uns das tatenlos weiter anzuschauen! In den letzten Wochen und Monaten haben wir uns zusammengetan, um u.a. gegen den rechten Terror vorzugehen. Denn wir werden uns nicht verstecken. Wir wollen eine Gesellschaft, in denen nicht das "Recht des Stärkeren" regiert, sondern die Gleichberechtigung herrscht, ohne Unterschied in der Herkunft, Aussehen oder des Geschlechts!

Alle Leute, die meinen bei den Faschos mitrennen zu müssen oder die selber welche sind sollten sich in Zukunft genau überlegen, ob sie das wirklich noch riskieren wollen! Wenn wir von Gruppen oder einzelnen Faschos hören, die andere Leute überfallen, dann haben die nicht mehr viel zu lachen! Das gilt auch für ihre Mitläufer, die wir eigentlich nicht treffen wollen.

Alle, die gegen den Faschismus und die rassistischen Überfälle sind rufen wir dazu auf, sich nicht mehr passiv zu verhalten. Organisiert euch, tut euch gegen die Faschos zusammen, schaut nicht mehr weg, greift ein, wenn ihr was mitkriegt!

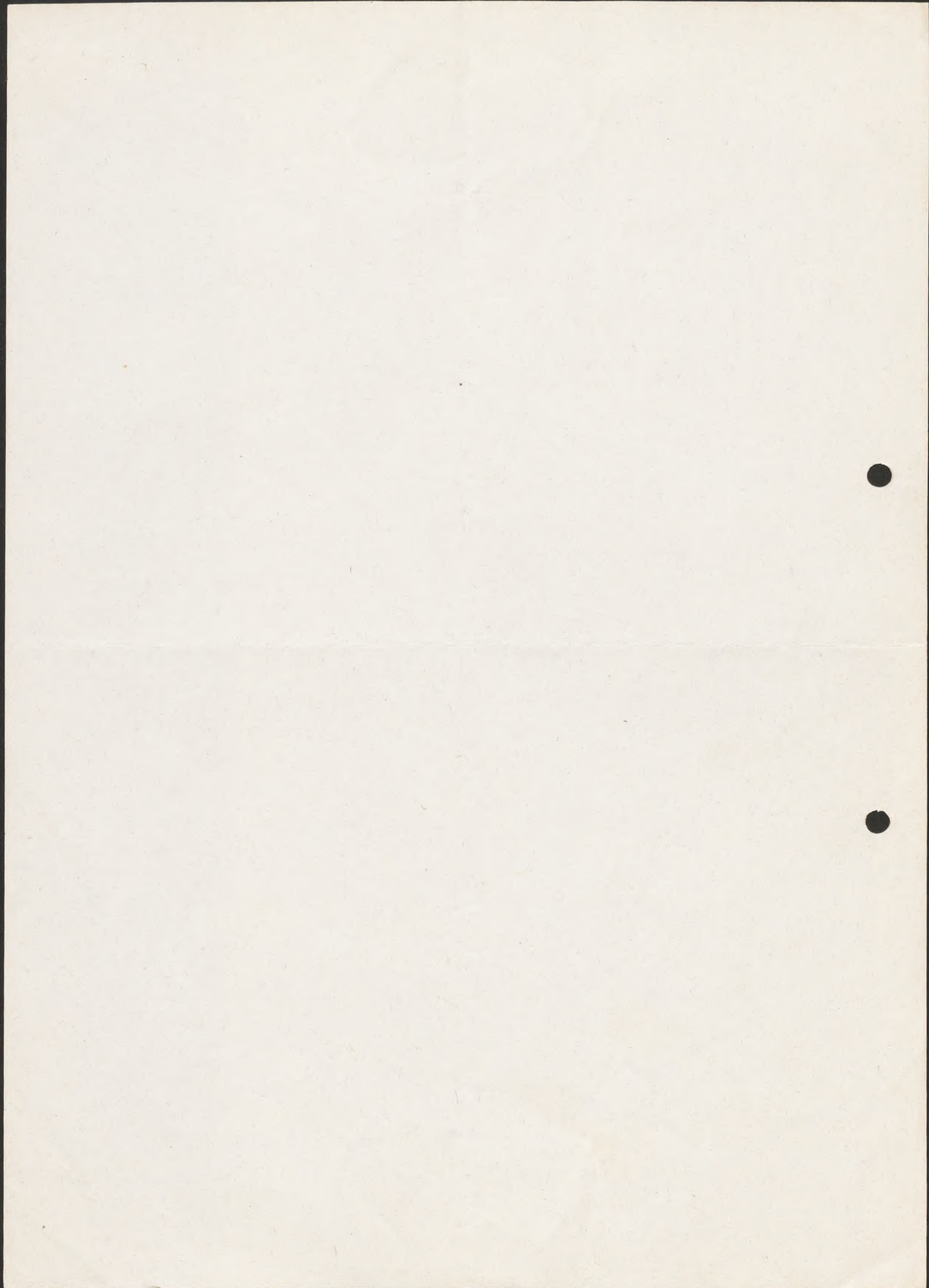
Ihr könnt euch auch mal bei uns melden, wenn ihr Kontakte oder Antifa-Material sucht oder wenn ihr Infos habt, die für uns interessant sind!

EDELWEISS PIRATEN

ViSdP + Kontakt:

EDELWEISS

Gneisenastr. 2a
W – 1000 Berlin 61





KEEP

RECEIVED JAN 19 1942





Mit diesem kurzen Infoblatt wollen wir eine Kampagne vorstellen, die sich gegen den öffentlichen Verkauf faschistischer Zeitungen an Kiosken wendet. Faschistische Zeitungen, damit meinen wir die Blätter, die auf eine neue diktatorische bzw. faschistische Gesellschaftsordnung hinarbeiten, die die Judenvernichtung verleugnen oder relativieren, die ehemalige "Ostgebiete" zurückfordern, die rassistische Hetze verbreiten und jüdischen, linken und anderen Menschen eine Lebensberechtigung direkt oder indirekt absprechen. Dabei gehen diese Zeitungen unterschiedlich vor, sie sprechen unterschiedliche Schichten an und sind auch unterschiedlich offen faschistisch.

Wir betreiben diese Kampagne, weil uns die Entwicklung in diesem Land total ankotzt: Die Linke ist immer mehr am resignieren, antifaschistische Menschen stehen oft vor totaler Ratlosigkeit, werden passiv und ziehen sich zurück.

Demgegenüber eine erstarken-de Rechte, massiver Nationalismus, der von Presse, Politik und sonstwie gearteten "demokratischen" Institutionen geschürt wird und als Folge daraus ein erstarkender Rassismus, der immer häufiger in

Angriffen und sogar Morden gipfelt. Alte und neue Nazis haben heutzutage immer weniger zu fürchten, sie sind schon lange nicht mehr gezwungen, ihre Gesinnung zu verstecken. Mittlerweile ist es schon normal, daß faschistische Organisationen ihren Dreck offen auf der Straße verteilen können. Und ein Stück dieser Normalität ist eben auch der offene Verkauf von faschistischen und antisemitischen Publikationen. Wir wollen gegen diese Normalität angehen. Wir haben kein

Bock, diese Normalität der Gleichgültigkeit zu akzeptieren. Und wir wollen diese Scheiß-Normalität nicht hinnehmen; und dabei geht es bei weitem nicht nur um diese Zeitungen, denn die sind für uns nur ein einziger Punkt von vielen. Uns geht's auch darum, daß wir uns nicht an diesen Mist gewöhnen: Die Überfälle, Verletzten und Toten, deren "Fehler" es ist, auch einem anderen Land zu kommen; oder die Anpöbeleien in der Straßenbahn, nur weil jemand eine dunkle Hautfarbe oder vielleicht bunte Haare hat; die deutschen Farben auf den Autos, T-Shirts, Fahnen. Überall schlägt uns DEUTSCHLAND entgegen, aber wir wollen das nicht mitmachen! Im Gegenteil, wir wissen, was mit diesem Deutschland gemeint ist: Nämlich Spießertum, Intoleranz und Unterdrückung. Wer nicht ist wie die Mehrheit, muß dran glauben.

Daß heute Zeitungen offen ausliegen, die noch vor wenigen Jahren fast nur unter dem Lamentisch zu finden waren, ist ein deutliches Zeichen. Ein Zeichen nur, denn uns ist auch klar, daß wir mit dieser Kampagne nicht die Ursachen bekämpfen und daß wir dadurch auch keine linken Positionen verbreiten. Natürlich werden wir damit politisch auch angreifbarer, denn immerhin bekämpfen wir mit dieser Kampagne etwas, was wir eigentlich ja for-

KZ-Supermarkt – warum nicht?

Müssen wir ewig wegen Hitler büßen? Seite 9

Deutsche

National*Zeitung

Nr. 32 / 41. Jahrgang
2. August 1991

1,80 DM / 12,- OS

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

Abpt. 3,50 EG / Arg. 1,- US \$ / Austr. 1,50 \$ A / Belg. 40 bfr / Dan. 10 dkr / Finn. 5,- / Frk. / Griech. 150 Dr. / Hol. 2,50 H / Ital. 1000 Lit. / Kan. 1,40 \$ / Port. 200 Esc. / Span. 160 Ptas / Rumän. 100 Pts / Schwed. 3,- / R / Turk. 1800 TL / USA 1,25 \$

Ausländer bald in der Mehrheit?

Die Zigeuner kommen



Neue Masseneinwanderung droht

Kritische Analytiker der Gegenwart ist das System klar, das die Haupt-Regierungspartei CDU durch maßgebliche Spitzenpolitiker mit gewichtigen innerparteilichen „Selbstschriten“ anstrebt: Mindestens sieben Millionen Ausländer sollen in naher Zukunft die neue Ideologie der „multikulturellen Gesellschaft mit Weltbevölkerungscharakter“ in Deutschland realisieren. Dafür stehen Fink, gewichtiger Bundesvorsitzender der CDA (Arbeitnehmerlügen in der Union), Geißler, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundtagsfraktion in Bonn, Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin.

Deutschland soll entdeutsch werden. So umstritten diese als „ideologische Selbstzweck“ in der Bewertung unseres Volkes auch sein mögen – innerhalb ihrer Partei haben sie Formationen mit Hebelkraft, die verhängnisvolle Auswirkungen für die Zukunft Deutschlands bewirken können, denn die CDU ist als

grünen. Am Beispiel Israels motiviert dieser CDU-Spitzenpolitiker die deutsche Verpflichtung: Das kleine Israel habe schließlich auch in zwölf Monaten 300.000 Juden aus der Sowjetunion aufgenommen.

Was Fink im Eifer der Entdeutschung Deutschlands bei seinem Vergleich mit Israel ganz außer acht läßt, ist: Die israelische Politik legt strengste Maßstäbe an die jüdische Abstammung, die durch mehrere Generationen hindurch geprüft wird: der rein jüdischen Immigranten. Süßmuth, Geißler, Fink und Genossen aber wünschen einen umfassenden Zustrom nach Deutschland von Ausländern, von Fremden möglichst aus fernen Kulturkreisen. Während Israel vor kaum einem Mittel zurückschaut – und das ist das andere Extrem – den Anteil der angestammten arabischen Bevölkerung zurückzudrängen, geschieht seitens der Einwanderungsminister in Deutschland alles, um unser Vaterland zu entdeutsch.

Vier angesichts von 400.000 Asylanten in unserem Land stöhne, weil die

dem: Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Doch dem ist nicht so, denn wir sind der Meinung, daß diese Toleranz Grenzen haben muß - und zwar dort, wo sie Unterdrückung und Tod zuläßt. Faschismus kann man nicht tolerieren, da gibt es kein Wenn und Aber. Organisationen, die auf die Wiedererrichtung eines faschistischen Staates hinarbeiten, müssen bekämpft werden, ihnen darf man nie wieder die Möglichkeit geben, für diese Ziele zu werben. Und nichts anderes ist der Inhalt dieser Kampagne.

Wir könnten uns damit ja auch gegen die bürgerliche Presse wenden, da sie es hauptsächlich ist, die die Volksverdummung betreibt und im Grunde neben anderen erst den Nährboden für rechtsextreme Gedanken schafft. Doch uns geht es eben darum, gezielt die offene faschistische Propaganda zu bekämpfen, die rechtsradikale Presse, die ausprobiert, wie weit sie gehen kann. Wir halten diese Kampagne nicht für das allein Richtige und sie ist auch nur ein Teil unserer Arbeit. Es muß selbstverständlich noch viel mehr laufen, wir sind ja in permanenten Auseinandersetzungen, nicht nur gegen die Faschisten.

Die Kampagne "Stoppt Nazi-Zeitungen" soll auch dazu dienen, etwas aus der Isolation herauszukommen und sie soll Gruppen und Einzelpersonen eine Möglichkeit zum praktischen Handeln geben. Was sie nicht leisten kann ist ein Ersatz für weitergehende Arbeit zu bieten, dies kann nur lokal und regional entwickelt werden.

Jan Werner: „Die Invasion der Armen“, Seite 8-9

JUNGE FREIHEIT

Nr. 11/91

November 1991

Deutsche Zeitung für Politik und Kultur

6. Jahrgang

M 4084 E DM

80.

IM GESPRÄCH



Carl Boshoff:
Die Teilung Südafrikas
als letzte Möglichkeit

Professor Carl Boshoff, Vorsitzender der ethnischen Afrikaner Freiheitsfront, plädiert für eine überraschende, aber überzeugende Lösung der Probleme Südafrikas: die Teilung des Landes und die Bildung eines weißen Buren-Nationalstaats. Hat dieses Modell eine Chance?

Lesen Sie das Interview auf Seite 3.

MELDUNGEN

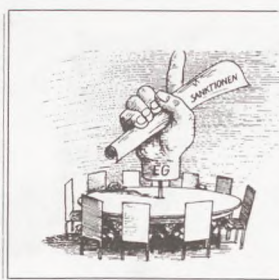
Flüchten die Deutschen vor ihrer Geschichte nach Europa?

Das lästige Vaterland

Kommen Freunde zusammen, diskutieren Politiker öffentlich, wird im Fernsehen getaktet - und das Thema „Geschichte“ kommt zur Sprache, so werden in jedem Land der Erde Mythen wach, ehrfurchtgebietende Namen genannt, ruhmreiche Taten in Erinnerung gerufen - nicht so in Deutschland. Hier wird die Sprache gewöhnlich künstlich verkrampt, die Diktoren jenseits, es gilt vor Irr- und Sonderwegen zu warnen. Verbrechen des eigenen Volkes wachzuhalten. Kurz: voll Wonne wird die Verortung der Deutschen bestritten, und man kommt sich massenweise im „Schweigen, den die Väter einst vererbten“.

Repräsentanten Deutschlands, namentlich der Bundespräsidenten, machen es sich zur Passion, durch „bedachte Worte“ unüberhörbar penetrant deutsche Selbstzerrennung zur Schau zu stellen. Wenn Lea Roth in diesen Tagen das Niedersachsensprogramm des NDR urteilt, so ist das schon nichts ungewöhnliches mehr, sondern nur mehr ein Glied in der Kette der geistig-moralischen Selbstenmontage der Deutschen.

Wachsende außenpolitische Erwartungen an Deutschland versuchen deutsche Politiker für die Begriffe wie „Souveränität“, „Macht“, „nationale Interessen“ und „Erfüll“ Fremdwörter sind, mit der Beschleunigung der europäischen Einigungsbestrebungen und der Denunzierung der Nationalstaaten zu begreifen. Sie hören Engländer singen, wenn von „Souveränitätsverzicht“, von der „Abgabe von Kompetenzen“ und „Bereitigung nationalstaatlichen Denkens“ die Rede ist. Der Treppwitz ist nur, daß Briten, Franzosen und Italiener die Botschaft der deutschen „Milde-Crisis“ wohl hören, doch es fehlt ihnen der Glaube! Denn für sie ist allein die wirtschaftliche Potenz des wiedervereinigten Deutschland erdrückend genug, das inzwischen ein Viertel des EG-Bruttonationalproduktes erwirtschaftet. Es ist nicht deutschen Politikern zu verdanken, die sich lieber heute als morgen von Deutschland verabschieden möchten, wenn der EG-Integrationsprozess gebremst werden sollte.



Dieter Stein

Dank Hoyerswerda können die Linken beruhigt aufatmen:

Endlich gibt es wieder Gute und Böse

So sieht die Kampagne aus:

Wir haben herausgesucht, welche faschistischen Zeitungen derzeit bundesweit öffentlich verkauft werden. Diese Blätter stellen wir weiter hinten noch einmal vor. Es gibt Gegenden, in denen nur einige dieser Zeitungen verkauft werden, in manchen Orten findet man alle. Um sich einen Überblick zu verschaffen gibt es für antifaschistische Gruppen und Menschen eine Liste, die auf der Rückseite abgedruckt ist und auch bei uns bestellt werden kann und in der die jeweiligen Zeitungen mit Adresse der Verkaufsstelle eingetragen werden können. JedeR kann dann mit einem speziellen Brief zu den HändlerInnen gehen (oder ihn hinschicken), in dem auf den Charakter der angebotenen Zeitungen hingewiesen wird. In diesen Brief haben wir auch die

Aufforderung hineingenommen, den Verkauf der betreffenden Blätter in Zukunft zu unterlassen, ohne jedoch auf spezielle Konsequenzen einzugehen. Ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen von den jeweiligen Antifas gezogen werden, bleibt ihnen natürlich in jedem Fall selbst überlassen. Zum Beispiel ob legale oder illegale Aktionen folgen, darauf haben wir weder Einfluß, noch wollen wir uns in die dortigen Vorgehensweisen mit erhobenem Zeigefinger einmischen. Dasselbe gilt für die weitere Beobachtung der Entwicklung in den einzelnen Läden und evtl. Veröffentlichungen der entsprechenden Adressen.

Auf jeden Fall stellen wir noch Plakate und Aufkleber zur Verfügung, die bei uns bestellt werden können. Die Aufkleber eignen sich z.B. gut zum Anbringen auf den betreffenden Zeitungen, die Plakate eher für die Fassade.

Deutsche Verbrechen frei erfunden

Die großen Lügen gegen unser Volk (Seite 3)

Deutsche Wochen-Zeitung

Nr. 20 / 34. Jahrgang
10. Mai 1991
2,- DM
15,- 05 / 1500 Lit

Deutscher Anzeiger

R 2343 C

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

Kommen Millionen Zigeuner?

Wie viele sind kriminell?

„Die Hütchenspieler werden immer frecher“, stellt die Berliner Tagespresse fest. An jeder Straßenecke in der deutschen Hauptstadt wird man von ihnen belästigt. Das „Hütchenspiel“ - bestehend aus einem Teppichstück, Streichholzschachteln und einer Starnokugel, mit der fingerfertig jongliert wird - bringt die oft ahnungslosen Passanten um hundert Mark oder mehr, ehe sie sich versehen haben. Das Geld landet bei den Finanzkräften mit überwie-

gen „Zwischenfällen“ begleitet ist. So wurde einer Frau, die bei den Hütchenspielern auf dem Alexanderplatz stand, ein Hundemarkchen entzissen. Als die Frau sich an den „Spieler“ wandte, wurden sie, ihr Ehemann und ein Passant geschlagen. Ein von den Op-

seldort mehrere hundert. Eine Initiative „Kölner Roma-PamerInnen“ (was der Großbuchstabe mitten im Wort bedeuten soll, bleibt nach orthographischen Gesichtspunkten rätselhaft) wirbt in ganzseitigen Anzeigen ebenfalls für das Bleiben der Zigeuner.

Die Milliardengespchenke an Warschau



Unenträglich
Zustände
Die „Aachener Volkszeitung“ für



ViSdP: Kai Mara

Kontakt:

EDELWEISS-PIRATEN

Gneisenastr. 2a · 1000 Berlin 61



Gneisenastr. 2a · 1000 Berlin 61

Betr. den Verkauf folgender Blätter:

"Deutsche National-Zeitung"
"Deutsche Wochenzeitung"
"Junge Freiheit"
"Deutsche Stimme"
"Criticon"
"Deutsche Standpunkt"

Sehr geehrte Zeitungshändlerin,
sehr geehrter Zeitungshändler,

Bei einem Besuch in ihrer Verkaufsstelle hat man festgestellt, daß sie dort Zeitungen mit faschistischem, rassistischem bzw. antisemitischem Inhalt anbieten.

Wir gehen erstmal davon aus, daß Ihnen nicht bekannt ist, welche Politik diese Zeitungen vertreten und machen Sie deshalb mit diesem Brief darauf aufmerksam.

Der Verkauf solcher Zeitungen und Zeitschriften stellt (nicht nur juristisch) teilweise eine Unterstützung nationalsozialistischer Propaganda dar, sondern bedeutet auch eine praktische Förderung solcher Ideen! Zeitungen, die den Holocaust der Nazis an Millionen von Menschen verharmlosen, die die Kriegsverbrechen abstreiten und heute eine massive rassistische Hetze verbreiten, gehören deshalb auch nicht auf (oder unter) den Ladentisch. Wir sehen darin keine "demokratische Meinungsäußerung" sondern den Versuch, den Faschismus in Deutschland zu rehabilitieren und wieder auf solche Zustände hinzuarbeiten. Die deutsche Geschichte, die vielen Leiden und Opfer verbieten es, eine solche Gesinnung "demokratisch neben anderen" zu proklamieren. Der Nationalsozialismus hat gezeigt, wozu er fähig ist und jede/jeder Deutsche hat die moralische Pflicht, dazu Stellung zu beziehen.

Mit der Beteiligung am Verkauf solcher Zeitungen stehen Sie nicht unbeteiligt daneben sondern machen sich mit schuldig an der Verbreitung faschistischer Ideen! Bitte machen Sie sich das deutlich und denken Sie mal darüber nach, ob der durch diese Zeitungen erzielte Gewinn es rechtfertigt, den derzeit stark anwachsenden Rechtsextremismus mit dem Verkauf dieser Zeitungen zu unterstützen.

Unser Anliegen ist es nicht, Ihnen oder anderen eine bestimmte politische Meinung aufzuzwingen, aber wir appellieren an Ihre politische und moralische Verantwortung!

Schicken Sie die betreffenden Blätter zurück bzw. legen Sie sie nicht mehr aus. Wenn davon keine mehr verkauft werden, wird man bald davon absehen, Sie weiterhin damit zu beliefern.

Bei Interesse schicken wir Ihnen auch gern noch einen Infozettel, in dem der faschistische Charakter vorgestellt werden, schreiben Sie einfach an die oben angegebene Adresse. Wir würden uns auch freuen, wenn Sie uns Ihren Entschluß, diese Zeitungen nicht mehr zu verkaufen, mitteilen würden.

Zum Schluß noch ein Hinweis, den Sie hoffentlich nicht falsch verstehen: Uns wurde Ihre Adresse von einer Person oder Gruppe übergeben mit der Bitte, daß wir uns an Sie wenden. Wir haben nun nicht in der Hand, ob bzw. was diejenigen weiter unternehmen werden, falls Sie z.B. diese Zeitungen auch weiterhin anbieten. Möglicherweise setzen sich auch noch andere mit Ihnen in Verbindung oder ziehen weitergehende Schritte in Betracht. Aber unabhängig davon hoffen wir, daß Sie die betreffenden Zeitungen aus dem Sortiment herausnehmen und es mit diesem Brief erledigt ist.

Mit freundlichen Grüßen

dern: Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Doch dem ist nicht so, denn wir sind der Meinung, daß diese Toleranz Grenzen haben muß - und zwar dort, wo sie Unterdrückung und Tod zuläßt. Faschismus kann man nicht tolerieren, da gibt es kein Wenn und Aber. Organisationen, die auf die Wiedererrichtung eines faschistischen Staates hinarbeiten, müssen bekämpft werden, ihnen darf man nie wieder die Möglichkeit geben, für diese Ziele zu werben. Und nichts anderes ist der Inhalt dieser Kampagne.

Wir könnten uns damit ja auch gegen die bürgerliche Presse wenden, da sie es hauptsächlich ist, die die Volksverdummung betreibt und im Grunde neben anderen erst den Nährboden für rechtsextreme Gedanken schafft. Doch uns geht es eben darum, gezielt die offene faschistische Propaganda zu bekämpfen, die rechtsradikale Presse, die ausprobiert, wie weit sie gehen kann. Wir halten diese Kampagne nicht für das allein Richtige und sie ist auch nur ein Teil unserer Arbeit. Es muß selbstverständlich noch viel mehr laufen, wir sind ja in permanenten Auseinandersetzungen, nicht nur gegen die Faschisten.

Die Kampagne "Stoppt Nazi-Zeitungen" soll auch dazu dienen, etwas aus der Isolation herauszukommen und sie soll Gruppen und Einzelpersonen eine Möglichkeit zum praktischen Handeln geben. Was sie nicht leisten kann ist ein Ersatz für weitergehende Arbeit zu bieten, dies kann nur lokal und regional entwickelt werden.

Jan Werner: „Die Invasion der Armen“, Seite 8-9

JUNGE FREIHEIT

Nr. 11/91

November 1991

Deutsche Zeitung für Politik und Kultur

6. Jahrgang

M 4084 E

DM 80,-

IM GESPRÄCH



Carl Boshoff:
Die Teilung Südafrikas
als letzte Möglichkeit

Professor Carl Boshoff, Vorsitzender der einflussreichen „Afrikaner Freiheitbewegung“, plädiert für eine überraschende, aber überzeugende Lösung der Probleme Südafrikas: die Teilung des Landes und die Bildung eines weißen Buren-Nationalstaates. Hat dieses Modell eine Chance?

Lesen Sie das Interview auf Seite 3.

MELDUNGEN

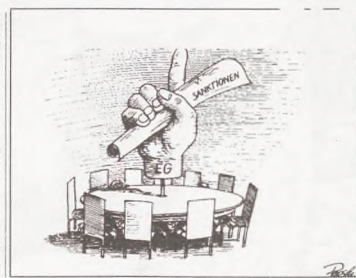
Flüchten die Deutschen vor ihrer Geschichte nach Europa?

Das lästige Vaterland

Kommen Freunde zusammen, diskutieren Politiker öffentlich, wird im Fernsehen getalkt – und das Thema „Geschichte“ kommt zur Sprache, so werden in jedem Land der Erde Mythen wach, ehrfurchtgebietende Namen genannt, nationale Taten in Erinnerung gerufen – nicht so in Deutschland. Hier wird die Sprache sogleich künstlerisch verkloppt, die Diktator jenseits, es gilt vor In- und Sonderebenen zu warnen. Verbrechen des eigenen Volkes wahrhaben, Katz- und Wölfe sind die Verleumdungen der Deutschen beizubringen, und man vom sich marxistisch im Schreien, den die Väter einst verbreiteten.

Repräsentanten Deutschlands, nämlich der Bundespräsident, machen es sich zur Passion, durch „bedachte Worte“ unüberhörbar penetrant deutsche Selbstzerkürzung zur Schau zu stellen. Wenn Leo Rosh in diesen Tagen das Niedersachsensied vom Programm des NDR streicht, so ist das schon nichts ungewöhnliches, mehr, sondern nur mehr ein Glied in der Kette der geistig-moralischen Selbstmontage der Deutschen.

Wachsende außenpolitische Erwartungen in Deutschland versuchen deutsche Politiker, für die Begriffe wie „Souveränität“, „Macht“, „nationale Interessen“ und „Erfolgsfall“ Fremdwörter sind, mit der Beschönigung der europäischen Einigungsbestrebungen und der Demontage der Nationalstaaten zu begegnen. Sie hören Engländer sagen, wenn von „Souveränitätsverzicht“, von der „Abgabe von Kompetenzen“ und „Beendigung nationalstaatlichen Denkens“ die Rede ist. Der Treppensatz ist nur, daß Briten, Franzosen und Italiener die Herrschaft der deutschen „Milde-Grus“ wohl hören, doch es fehlt ihnen der Glaube! Denn für sie ist allein die wirtschaftliche Potenz des wiedervereinigten Deutschland drückend genug, das inzwischen ein Viertel des EG-Bruttosozialproduktes erwirtschaftet. Es ist nicht deutschen Politikern zu verdanken, die sich lieber heute als morgen von Deutschland verabschieden möchten, wenn der EG-Integrationszahn gebremst werden sollte.



Dieter Stein

Dank Hoyerswerda können die Linken beruhigt aufatmen:

Endlich gibt es wieder Gute und Böse

So sieht die Kampagne aus:

Wir haben herausgesucht, welche faschistischen Zeitungen derzeit bundesweit öffentlich verkauft werden. Diese Blätter stellen wir weiter hinten noch einmal vor. Es gibt Gegenden, in denen nur einige dieser Zeitungen verkauft werden, in manchen Orten findet man alle. Um sich einen Überblick zu verschaffen gibt es für antifaschistische Gruppen und Menschen eine Liste, die auf der Rückseite abgedruckt ist und auch bei uns bestellt werden kann und in der die jeweiligen Zeitungen mit Adresse der Verkaufsstelle eingetragen werden können. JedeR kann dann mit einem speziellen Brief zu den HändlerInnen gehen (oder ihn hinschicken), in dem auf den Charakter der angebotenen Zeitungen hingewiesen wird. In diesen Brief haben wir auch die

Aufforderung hineingenommen, den Verkauf der betreffenden Blätter in Zukunft zu unterlassen, ohne jedoch auf spezielle Konsequenzen einzugehen. Ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen von den jeweiligen Antifas gezogen werden, bleibt ihnen natürlich in jedem Fall selbst überlassen. Zum Beispiel ob legale oder illegale Aktionen folgen, darauf haben wir weder Einfluß, noch wollen wir uns in die dortigen Vorgehensweisen mit erhobenem Zeigefinger einmischen. Dasselbe gilt für die weitere Beobachtung der Entwicklung in den einzelnen Läden und evtl. Veröffentlichungen der entsprechenden Adressen.

Auf jeden Fall stellen wir noch Plakate und Aufkleber zur Verfügung, die bei uns bestellt werden können. Die Aufkleber eignen sich z.B. gut zum Anbringen auf den betreffenden Zeitungen, die Plakate eher für die Fassade.

Deutsche Verbrechen frei erfunden

Die großen Lügen gegen unser Volk (Seite 3)

Deutsche Wochen-Zeitung

Deutscher Anzeiger

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

Nr. 20 / 34. Jahrgang
10. Mai 1991
2,- DM
15,- OS / 1500 Lit

R 2343 C

Kommen Millionen Zigeuner?

Wie viele sind kriminell?

„Die Hütchenmacher werden immer frecher“, stellt die Berliner Tagespresse fest. An jeder Straßenecke in der deutschen Hauptstadt wird man von ihnen belästigt. Das „Hütchenmacher“-beleidigungswort, das aus einem Teppichstück, Streichholzschachteln und einer Stammbuchkarte, mit der fingerfertig jongliert wird, bringt die oft ahnungslosen Passanten um hundert Mark oder mehr, ehe sie sich versehen haben. Das Geld landet bei den Einverleumdungen mit überwie-

gen „Zweifelentfällen“ begleitet ist. So wurde einer Frau, die bei den Hütchenmachern auf dem Alexanderplatz stand, ein Hundemarschen entrisen. Als die Frau sich an den „Spieler“ wandte, wurden sie, ihr Ehemann und ein Passant geschlagen. Ein von den Op-

seldorf mehrere hundert. Eine Initiative „Kölner Roma-PanierInnen“ (was der Großbuchstabe mitten im Wort bedeutet soll, bleibt nach orthographischen Gesichtspunkten rätselhaft) wirbt in ganzseitigen Anzeigen ebenfalls für das Bleiben der Zigeuner.

Beherzte Kommunalpolitiker wie der CDU-Stadtverbandschef in Unna, Peter Bensmann, halten dagegen. Er erinnert an den „Bettelmarsch“ von Zigeunern nach Essen und die Kleinstkrimi-



ViSdP: Kai Mara

Kontakt:

EDELWEISS-PIRATEN

Gneisenastr. 2a · 1000 Berlin 61

Übrigens...

Wir leben ja nun mal in einem **Rechts-Staat**, der antifaschistische Aktivitäten nicht unbedingt fördert, deshalb ist auf jeden Fall Vorsicht angebracht: Der Versand mit der Post ist unumgänglich, aber es wäre besser, wenn möglich, keine Privatadressen zu schicken. Falls das nicht anders geht, sollten eventuelle Berichte über gelaufene Aktionen und ihre Wirkung auf keinen Fall mit Privat-Absender hergeschickt werden. Es kann gut sein, daß irgendwelche Staatsanwaltschaften den Versuch von Nötigung wittern (was natürlich Quatsch ist) und Leuten dann Böses antun wollen. Deshalb solche Berichte möglichst anonym schicken, es reicht ja die Ortsangabe. Ansonsten sind Erfahrungsberichte auf jeden Fall erwünscht, damit wir einen Eindruck über den Ablauf der Kampagne haben!

So kommst du an das Material:

Du schreibst uns, wieviel Listen, HändlerInnen-Briefe, Aufkleber und Plakate du haben möchtest, legst den angegebenen Unkostenbeitrag bei und ab geht die Post an uns. Das Zeug wird dir dann umgehend zugeschickt.

Themen: Weiter Asylschwende/DFA-Nachrichten/Stütz-Dreiermann/Katholische Anerkennung/Enghelm oder Klose/Entschieden Morde/Leitertitel

Demontage in -DDR/-Übernehmen wir uns/Pressestimmen/Buchdienst/Buchbesprechung/Sportstreich/Wichtige Zeitfragen kurz

12 x plus Zust. DM 30.-
Einzelpreis DM 2.-
sfr. 2.-

E 8848 E

Wahrheit und Klarheit

DS Deutscher Standpunkt

Monatszeitung

Herausgeber: Martin Pape

sozial-freiheitlich rechtstaatlich-deutsch

Zeitung für Deutschland Nr. 2/Febr. 92/10. (24.) Jahrgang Erscheinungsort: Stuttgart

Wahlschwindel

In Mitteldeutschland ist der frühere Dresdner Oberbürgermeister Berthold angeklagt, weil er Wahlen zur Zeit Honeckers gefälscht, die Ergebnisse aufbereitet haben soll. Das hört sich recht gut an. Wahlschwindel gehören bestraft. Die Frage ist nur, ob ausgerechnet diese „Bonnen“ die Berufenen sind, um den Richter zu spielen. Hier wird alles nur auf feiner, verlogener Art gemacht. Jetzt verlängern sie z.B. in Baden-Württemberg von den nicht etablierten Parteien in jedem der 70 Wahlkreise 150 (gültige) Unterschriften von Bürgern aus diesem Wahlkreis. Sonst wird man schon gleich gar nicht zugelassen. Das heißt rund 11.000 Unterschriften sammeln. Wir werden sehen, dass das mehrere Parteien nicht schaffen. Was ist denn daran

zuzulassen ist. Sie dehnen die Gummiparagrafen je nach Bedarf und Gusto. Von wegen Entscheidung des Volkes! Dann erst im Wahlkampf: Sie, die Etablierten, setzen sich vor einer Wahl stundentlang ins Fernsehen. Meist übertragen sie die Tage davor auch lange Bundesgespräche. Den Anderen räumen sie nur bei ZDF und ARD je zweimal Drei-Minuten-Werbepots ein. In den von ihnen beherrschten großen Medien wird über diese Konkurrenz geredet, was das Zeug hält. Bei der OB-Wahl in Stuttgart z.B. haben sie zwei Kandidaten im Fernsehen gezeigt: Palmer und Pape - und dazu gesagt: Leute, die nie einen Beruf erlernten und keine Existenz haben, dürfen erst gar nicht zugelassen werden. - Natürlich war dies frei gelegen. Sie mißbrauchen amtliche Organe, wie z.B. in Stuttgart das Amtsblatt, zu überstem Schwindel. Man verspricht, den

Zuerst mit USA

Hoffnung auf europ. Großstaat unbegründet - Stabilität nur mit USA

Wieviel Europageschwelei haben wir nach dem Kriege schon gehört! Das Ergebnis war immer das Gleiche: Wir dürfen zahlen und zahlen und werden nie gleichberechtigt. Die Phrasen vom „einigen großen Europa“ bleiben und bleiben leere Sprüche, um uns auszuheilen zu können. Die, die Hauptpartner sein sollen, waren und bleiben die schlimmsten Neider. Ohne die USA hätten uns die Russen seit 1945 bis heute jederzeit kassieren können. Ohne den Takt und Großmut der USA und Rußlands wäre es nie zur kleinen Wiedervereinigung gekommen. In Europa tat sich nichts zusammen, was nach wirklicher Großmacht aussieht. Wenn schon ein Anlauf zu einer gemeinsamen Wehrmacht gemacht

richteten, doch das Bruttosozialprodukt ist eben immer noch weit größer als das Japans. Von allen anderen, auch von uns nicht zu reden. Wenn wir jetzt auch nach Japan klar den dritten Platz auf der Welt einnehmen. Distanz zu Verbündeten, die gegenüber uns als ersten Wunsch den haben, dass wir schwächer wären als sie. Möglichst weniger Land - siehe Ostgebiete - und möglichst auch weniger Einwohner. Die auch noch an Tüchtigkeit den ihnen nicht geschickten spielen. Deutschland muß das gefährliche Spiel und Werben um diese Träume endlich aufgeben. Wir brauchen für eine gesicherte Zukunft ein sicheres und solides Bündnis. Der Partner kann nur USA heißen.

Gewiß kommen nun auch wieder diese nationalen Träumen, die im bündnisreife Deutschland wohnen. Das war, ist und bleibt dummes Zeug. Solche Leute darf man in der Tat nie regieren lassen. Je kürzer die Wege, das heißt je schneller die Verkehrsmittel werden, umso so wichtiger wird in der damit kleineren Welt ein sicheres und starkes Bündnis möglichst mit dem Starksten. Von Amerika können wir auch den Großmut erwarten und finden, dass sie uns zu unseren Ostgebieten verheilen. Von Frankreich und England nie. Es müßten in Paris und London schon ganz andere Kräfte an die Macht kommen. Doch nach dem großen Wandel sieht es nicht aus. Der unsichere Scheiternzustand muß beendet werden. Die Amerikaner müssen

Um diese Zeitungen geht's:

DEUTSCHE NATIONALZEITUNG DEUTSCHE WOCHENZEITUNG

Wochenzeitungen des faschistischen Verlegers und Kapitalisten **Gerhard Frey**, die an fast allen Kiosken verkauft werden.

JUNGE FREIHEIT

Monatszeitung aus dem neurechten Spektrum, herausgegeben von rechtsextremen StudentInnen und Intellektuellen.

CRITICON

Intellektuelle Monatszeitschrift, ebenfalls aus dem Spektrum der "Neuen Rechten".

DEUTSCHE STIMME

Monatlich erscheinende Zeitung der **NPD**, wird bisher nur vereinzelt an Kiosken vertrieben.

DEUTSCHER STANDPUNKT

Teure und schlecht aufgemachte Monatszeitung des ehemaligen **FAP-Bundesvorsitzenden Martin Pape**.

EDELWEISS PIRATEN

Diese Kampagne "STOPPT NAZI-ZEITUNGEN" wurde initiiert durch die "Edelweiß-Piraten". Wir sind eine überregionale Bewegung von SchülerInnen, aber auch Studies, ArbeiterInnen und Arbeitslosen und wir haben keinen Bock auf Faschisten, auf Rassismus und Nationalismus. Deshalb haben wir verschiedene Aktivitäten gestartet, unter anderem eben diese Kampagne. Gleichzeitig bringen wir auch eine bundesweite antifaschistische Zeitung heraus, machen Flugblatt- und Plakat-Aktionen und beteiligen uns natürlich auch an direktem Widerstand, wenn es nötig ist.

Trotzdem sind wir keine reine Antifa-Bewegung: Viel lieber fahren wir mit dem Fahrrad raus, feten, quatschen, gehen auf Konzerte und machen vieles mehr, was Spaß macht. Wenn du Lust hast, kannst du dich ja mal bei uns melden, wir schicken Dir dann was zu!





ANSCHRIFT
DER
VERKAUFSSTELLE

STADT
BZW.
STADTBEZIRK:

	Nationalzeitung	Wochenzeitung	Junge Freiheit	Criticon	Dt. Standpunkt	Dt. Stimme	BEMERKUNGEN

Um die Kampagne - trotz Spenden - finanzieren zu können, müssen wir für einen Teil der Sachen etwas Geld verlangen. Wir glauben aber, daß das im vertretbaren Rahmen ist.

Bitte schickt mir:

- () Flugblatt: Vorstellung der Kampagne (4 Seiten) [-,10 DM]
- () Vorstellung der Zeitungen (2 Seiten) [kostenlos]
- () HändlerInnen-Brief [kostenlos]
- () Liste zum Eintragen [kostenlos]
- () Aufkleber-Bogen (10 Stück, selbstklebend) [-,50 DM]
- () Plakat (Din A3) [-,20 DM]

Dazu kommt grundsätzlich eine Versandgebühr von 3,- DM. Alles in Form von Bargeld oder Briefmarken. Eventuelle Guthaben beim Antifa-Versand können auch verrechnet werden!

Name und Adresse:

Wir sind eine junge Gruppe die sich jede Woche trifft, um was zu unternehmen. Also Freizeit-Aktivitäten wie Zelten, Fahrten, Fahrradtouren, Feten, Diskussionen, Besichtigungen, Veranstaltungen besuchen und so weiter...

Bei uns kann jeder mitmachen, egal welcher Nationalität er angehört; wir sind aber keine politische Gruppe, treten jedoch ein für mehr Toleranz, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen. Wir sind für Solidarität, für besseres Verständnis anderer Kulturen und Lebensformen, für Umweltbewußtsein, für verantwortungsvolles Denken und Handeln.

Wir erwarten von dir...

- daß du Schwächeren beistehst
- daß du Fehler einsehst und daraus lernst
- daß du hilfsbereit, kameradschaftlich und zuverlässig bist
- daß du ein fester Teil in unserer Gruppe bist, mitbestimmst und dich gemeinsamen Entscheidungen unterordnest
- daß du Lust auf Unternehmungen hast und kein Stubenhocker bist oder bleibst!



Dafür erwarten dich...

...gute und zuverlässige Freunde, die mit dir durch dick und dünn gehen und auf die du dich verlassen kannst!
...eine lustige und interessante Zeit!

EDELWEISS

Gneisenastr. 2a
1000 Berlin 61

Und nun?

Du kannst diesen Abschnitt ausfüllen und an uns schicken oder ihn in einen Umschlag stecken und im Buchladen (gleiche Adresse) abgeben! Adresse:

EDELWEISS, GNEISENASTR. 2A, 1000 BERLIN 61

VORNAME UND NAME:

ADRESSE:

WIE ALT:

TELEFON-NUMMER:

KOMM ZU UNS!

3/157

J. Krim
Aug/91

ab 12 Jahre

Betrifft: "Komm zu uns! Ab 12 Jahre"

Erster Schreck: (Recht tief sitzend) Die Faschos können sich verdammt gut anpassen!

Zweiter Schreck: (Viel tiefer) Das Ding kommt aus der Gneisenastr. 2a!

Daher ist genauere Auseinandersetzung mit dem (An-)Werbezettel angesagt.

Eigentlich ist es 'ne gute Idee Kinder und Jugendarbeit zu machen. Und gegen die Ziele Toleranz, Solidarität und Umweltbewußtsein ist auch nichts einzuwenden. ABER:

WER DARF MITMACHEN?

- Jungen ab 12 Jahren ("Egal welcher Nationalität ER angehört")
- "Gesunde Jungen" (Geeignet für Fahrradtouren und Zeltlager)
- Keine "Stubenhocker" (echt kernige Jungs, keine Bücherwürmer)
- Jungen, die sich "gemeinsam getroffenen Entscheidungen UNTERORDNEN"! (Also wenn Zeltlager angesagt ist wird mitgefahren! Oder bist Du doch ein "Stubenhocker"? Na also hopp!)
- Jungen, die ihre Zeit unter Jungen verbringen wollen. Mit Mädchen kann Mann ja auch nichts anfangen.
- Also "echte" Jungen, die Freunde suchen auf die man sich verlassen kann.

WAS WIRD GEBOTEN?

- Eine "unpolitische Gruppe". ("Der Alltag ist politisch!" grummelt es aus den vergangenen Zeiten linken Bewußtseins. Und Selbstbestimmung? Kein politischer Begriff?)
- Freizeitaktivitäten. (Fein, nie mehr Langeweile.)
- "Eine lustige, interessante Zeit". (Na denn, immer lustig Jungs!)

AUFNAHMEKRITERIEN:

- Ein "zuverlässiger Teil der Gruppe" muß Junge schon werden.
- Und was "Kameradschaftsgeist" ist, sollte er schon/noch wissen.

Leider ist das hübsche Kriterium "Ehrlichkeit" nicht aufgeführt. Das könnte auch etwas zwiespältig sein, wenn bedacht wird, daß die frisch fröhliche kleine Kameradschaft sich den Namen "Edelweiß" gibt.

Bei unverbesserlichen Leserätinnen klingt das irgendwie nach Antifa.

Also Jungs! Lasst Euch nicht verarschen und sagt ganz selbstbestimmt "Nein oder Hayir."

Gruß Laura Salmann

